



# HESSISCHER LANDTAG

29. 01. 2019

Plenum

## Gesetzentwurf

**Fraktion der SPD,****Fraktion der Freien Demokraten****Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB)**

### A. Problem

Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch sieht bisher nur eine Beteiligung der Erziehungsberechtigten der Kinder in der jeweiligen Tageseinrichtung vor. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung sollen die Erziehungsberechtigten der Kinder auch auf der Städte- und Gemeinde-, Jugendamtsbezirks- und der Landesebene partizipieren. Eine derartige Regelung ist bislang im Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) nicht enthalten.

### B. Lösung

Die Einführung von Elternvertretungen auf Kreis- und Landesebene ermöglicht den Erziehungsberechtigten der Kinder in Tageseinrichtungen, ihre ortsübergreifenden Interessenlagen bei der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder zu eruieren und sich zu vernetzen. Im Zuge dessen können die Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Erziehungspartnerschaft durch demokratisch legitimierte Elternvertretungen auch auf der Städte- und Gemeinde-, Jugendamtsbezirks- und der Landesebene gestaltet werden. Die Elternvertretungen sind zudem in der Lage, ihre Interessen in Gremien einzubringen und Einfluss auf inhaltliche und organisatorische Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung zu nehmen. Sie können mithelfen, das Wohl der Kinder und die Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses sicherzustellen. Um die Partizipation der Erziehungsberechtigten der Kindertageseinrichtungen zu gewährleisten, wird nach § 27 HKJGB ein neuer § 27a HKJGB eingeführt. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass die Landeselternvertretung als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss (§ 9 HKJGB) mitwirken kann, um die Interessen in Angelegenheiten der Jugendhilfe artikulieren zu können.

### C. Befristung

Keine.

### D. Alternativen

Keine.

### E. Finanzielle Mehraufwendungen

Mehrkosten durch die Förderung der Elternvertretungen nach Maßgabe des Haushalts.

### F. Unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern

Keine.

### G. Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine.

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Zweites Gesetz  
zur Änderung des Hessischen  
Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB)**

Vom

**Artikel 1  
Änderung des Hessischen  
Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB)**

Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) vom 18. Dezember 2006 (GVBl. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2018 (GVBl. S. 69), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 27 folgende Angabe eingefügt:  
„§ 27a Elternvertretung in Städten und Gemeinden und auf Jugendamtsbezirksebene; Landeselternvertretung“
2. § 9 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nr. 7 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
  - b) Als Nr. 8 wird angefügt:  
„8. eine Person zur Vertretung der Landeselternvertretung.“
3. Nach § 27 wird als § 27a eingefügt:

„§ 27a  
Elternvertretung in Städten und Gemeinden und  
auf Jugendamtsbezirksebene; Landeselternvertretung

(1) Elternbeiräte der Städte und Gemeinden werden jeweils in der Zeit vom 15. September und dem 15. Oktober jeden Jahres im Rahmen einer Vollversammlung der Beiräte der Kindertageseinrichtungen der jeweiligen Stadt oder Gemeinde gewählt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Elternbeiräte nach Satz 1 wählen im Rahmen einer Vollversammlung eine Elternvertretung auf Jugendamtsbezirksebene und bestimmen eine Stellvertretung.

(2) Die Elternvertretungen gemäß Abs. 1 Satz 1 und 2 sind vor Entscheidungen, die wesentliche Angelegenheiten der Bildung, Erziehung und Betreuung, der Bedarfsplanung sowie bei wesentlichen Fragen, die die Kindertageseinrichtungen in den Städten und Gemeinden und auf Jugendamtsbezirksebene betreffen, anzuhören. Sie können von den Gebietskörperschaften Auskunft über diese Sachverhalte und Fragen verlangen sowie Vorschläge unterbreiten.

(3) Die Elternvertretung auf Jugendamtsbezirksebene wählt alle zwei Jahre in der Zeit vom 16. Oktober und dem 31. Oktober aus ihrer Mitte eine Vertreterin oder einen Vertreter sowie eine Stellvertretung für die Landeselternvertretung für die Dauer von zwei Jahren. Die Vertreterin, der Vertreter oder die Stellvertretung scheidet aus, wenn deren Kind oder Kinder die Kindertageseinrichtung verlässt oder verlassen. Nach Ausscheiden der Vertreterin oder des Vertreters oder der Stellvertretung kann eine Nachwahl für den Rest der Amtszeit erfolgen.

(4) Die Landeselternvertretung wählt aus ihrer Mitte einen Vorstand und gibt sich eine Geschäftsordnung. Der Vorstand besteht aus der oder dem Vorsitzenden, einer Stellvertretung und in der Regel zwei weiteren Mitgliedern. Das für Kindertageseinrichtungen zuständige Ministerium hat der Landeselternvertretung bei wesentlichen die Tageseinrichtung betreffenden Fragen die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben.

(5) Die Elternvertretungen nach den Abs. 3 und 4 erhalten zur Durchführung ihrer Aufgaben angemessene Mittel nach Maßgabe des Haushalts.

(6) Die Elternvertretungen in Städten, Gemeinden und auf Jugendamtsbezirksebene vertreten die Interessen der Eltern gegenüber den Kommunen und den Trägern in allen die Einrichtung und den Betrieb der Kindertagesstätten betreffenden Fragen.

(7) Die Landeselternvertretung vertritt die Interessen der Eltern gegenüber dem Land in allen wesentlichen die Kindertageseinrichtungen betreffenden Fragen. Ihr obliegt die Schulung der Elternbeiräte von Städten, Gemeinden und Jugendamtsbezirksebene, um

diese zu befähigen, ihrer Aufgabe aus § 27 Abs. 3 Satz 2 angemessen nachgehen zu können.“

**Artikel 2**  
**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2019 in Kraft.

## **Begründung**

### **Zu Art. 1**

#### **Zu Nr. 1**

Als Folge der Einfügung eines neuen Paragraphen (§ 27a) werden die Angaben der Übersicht angepasst.

#### **Zu Nr. 2**

Damit die Landeselternvertretung ihre Interessen in Angelegenheiten der Jugendhilfe einbringen und Einfluss auf inhaltliche und organisatorische Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung nehmen kann, soll sie dem Landesjugendhilfeausschuss als beratendes Mitglied angehören.

#### **Zu Nr. 3**

##### Zu Abs. 1 und 3

Um eine Vernetzung der Elternbeiräte zu ermöglichen, ist die Errichtung von Elternbeiräten auf Städte- und Gemeindeebene sowie auf Jugendamtsbezirksebene notwendig. Es besteht keine Pflicht, für jeden Kreis eine Elternvertretung zu installieren. Sie stellt vielmehr ein Recht zur Selbstorganisation dar. Die Elternvertretungen ermöglichen einen ortsübergreifenden Interessenaustausch der Elternbeiräte und helfen, deren Interessen zu bündeln. Zugleich agieren sie als Mittler zwischen den Elternbeiräten und der Landeselternvertretung. Um Synergien zwischen den Ebenen zu schaffen, ist eine Personenidentität der Vertreter erforderlich. Zudem wird durch die Personenidentität eine Repräsentanz jeder Kreiselternvertretung in der Landeselternvertretung ermöglicht. Hierdurch erhält die Landeselternvertretung eine breite Legitimation, um in Fragen von Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder mitzuwirken.

##### Zu Abs. 2

Eine Landeselternvertretung soll geschaffen werden, damit die Erziehungsberechtigten insbesondere bei Gesetzgebungsverfahren im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe informiert und angehört werden können. Die Landeselternvertretung soll die Möglichkeit erhalten, bei konzeptionellen und einrichtungsbezogenen Fragestellungen mitwirken zu können. Hierzu bedarf es einer hinreichenden Legitimation, die durch die Wahl des Vorstands aus der Mitte der Vertreterinnen und Vertreter erreicht wird. Das für Tageseinrichtungen zuständige Ministerium hat der Landeselternvertretung die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben. Gemeint ist damit eine qualifizierte Form der Einflussnahme, die über eine bloße Informationspflicht des Ministeriums hinausgeht.

##### Zu Abs. 4

Gemäß § 27 Abs. 3 Satz 2 sind die Elternbeiräte vor Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten der Bildung, Erziehung und Betreuung anzuhören. Damit sie dieser Aufgabe wirksam nachgehen können, sind sie in wesentlichen die Tageseinrichtung betreffenden Fragen zu schulen. Diese Aufgabe obliegt der Landeselternvertretung, um eine einheitliche Schulung hessischer Elternbeiräte zu gewährleisten. Die Landeselternvertretung kann sich Dritter bedienen, um ihrer Schulungsaufgabe nachzukommen.

##### Zu Abs. 5

Um eine qualifizierte Form der Mitwirkung der Elternvertretungen zu ermöglichen, hat das Land die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Kreiselternvertretungen und die Landeselternvertretung zu schaffen. Um die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nicht mit Mehrkosten zu belasten, erhalten die Elternvertretungen zur Durchführung ihrer Aufgaben - vergleichbar § 154 Hessisches Schulgesetz - angemessene Mittel nach Maßgabe des Haushalts.

### **Zu Art. 2**

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Wiesbaden, 29. Januar 2019

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Thorsten Schäfer-Gümbel**

Für die Fraktion  
der Freien Demokraten  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**